

Hayek – Essaywettbewerb 2021

Der Green New Deal aus liberaler Sicht

– Josef Glavanovits

Seit einigen Jahren ist im politischen Diskurs immer öfter die Rede vom sogenannten "Green New Deal". Damit ist eine Reihe an Wirtschafts- und Sozialreformen gemeint, die eine grüne Welle der Ökologisierung nach sich ziehen soll. Während die Aussichten, inwiefern diese Maßnahmen – in welcher Hinsicht auch immer – als erfolgreich gewertet werden könnten an dieser Stelle ausgespart werden, bedarf es einer eingehenden Betrachtung, welche gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen eine solche Wende mit sich bringt.

Bevor die eingangs gestellte Frage jedoch beantwortet werden kann, ist es nötig, den Begriff *Green New Deal* zu definieren und *die liberale Sicht* darzulegen.

Begriffsdefinition

Eine *liberale* Gesellschaftsordnung geht von den Grundsätzen der englischen Revolutionen des 17. Jahrhunderts aus. Als philosophische, politische und ökonomische Bewegung betont der Liberalismus per definitionem die Freiheit. Freiheit wird hier jedoch weniger als Freiheit *zu* etwas verstanden (positive Freiheiten), sondern vor allem als Freiheit *von* Zwängen, wie staatlicher Unterdrückung, Zensur, Enteignung und Gewalt (negative Freiheiten) mit starker Betonung auf Eigenverantwortung. Aus politischer Sicht wird ein schlanker Staat bevorzugt, der sich nicht zu sehr in die Belange der Bevölkerung einmischt, sondern den rechtlichen Rahmen vorgibt und für die Einhaltung der Gesetze und Verträge zuständig ist.

Der *Green New Deal* erhielt seinen Namen ausgehend des vom 32. US-amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt geprägtem Begriffs *New Deal*. Dieser ist wiederum angelehnt an den Vorgang beim Kartenspiel wenn die Karten erneut gemischt und anschließend verteilt werden. Der damalige *New Deal* war eine Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise aus dem Jahr 1929 und stellte ein umfangreiches Netz an Reformen dar. Inspiriert von den Wirtschaftstheorien von John Maynard Keynes bedeutete das ein tiefes Eingreifen des Staates in den damaligen Markt um einerseits die soziale Absicherung der Bevölkerung sicherzustellen,

andererseits aber auch um langfristig angelegte Reformen des Wirtschaftssystems durchzuführen.

Anknüpfend an diese Reformen versteht sich der sogenannte *Green New Deal* also auch als Konzept, um das gängige Wirtschafts- und Sozialleben im Sinne einer Ökologisierung zu reformieren. Die Verwendung des Begriffs sah ihren Ursprung in der Feder des Journalisten Thomas L. Friedman im Jahre 2007. Verbreitung fand der Begriff aber vor allem durch verschiedene Projekte der Vereinten Nationen (UNO), sowie Graswurzelbewegungen, und nicht zuletzt politischen Akteuren wie gegenwärtig der Europäischen Union und Kommission, die einen sogenannten *European Green Deal* verabschiedet hat.

Der European Green Deal

Dieser *Europäischer Grüner Deal* verspricht neben einer "Verringerung der Emissionen auch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum, den Abbau von Energiearmut, eine Verringerung der Energieabhängigkeit von Drittländern, sowie die Verbesserung unserer Gesundheit und Lebensbedingungen".¹

Was zunächst nach nett gemeinten Versprechungen klingt, ist nicht nur eines der Kernanliegen der derzeit amtierenden Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, sondern auch ein riesiger Maßnahmenplan, der vorsieht, dass die Europäische Union bis zum Jahr 2050 klimaneutral sein soll. Klimaneutral bedeutet, dass (mindestens) genauso viele CO₂-Emissionen beseitigt, wie produziert werden. Um diese Ziele zu erreichen, sind nicht nur gigantische Förder- und Steuerumwälzungen vonnöten, sondern gewisse Bereiche unseres Lebens wie die Gestaltung des Verkehrs, Wohnen, Arbeiten, etc. werden von Grunde auf einem Wandel unterzogen werden.

Die Europäische Kommission spricht in diesem Kontext davon, dass dies auf eine "kosteneffiziente Weise und unter Wahrung des Wettbewerbs" erreicht werden soll.² Die Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung, sowie Unterstützung von bestimmten Regionen und Produktionsstätten enthalten aber schon jetzt Pläne, die bis zum Jahr 2030 bereits mehr als eine Billionen Euro übersteigen. Dieses Programm stellt also ein noch nicht dagewesenes Eingreifen in den europäischen und somit auch weltweiten Markt dar. Steuergeld der EU-Bürger wird also

¹ Europäische Kommission (2021). Umsetzung des europäischen Grünen Deals.

https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/delivering-european-green-deal_de

² ebd.

umverteilt und erzeugt somit eine gefährliche Symbiose aus Politik und Wirtschaftssektoren, die von ihr als förderungswürdig erachtet werden.

Die Akteure

Neben den bereits genannten Akteuren wie Medien, UNO und EU zählt andererseits auch ein dichtes Netzwerk an Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Universitäten und ihre Professoren, Politikern und Akteuren aus der Zivilgesellschaft, deren lautstarke Stimmen immer wieder eine Ökologisierung, bzw. den Schutz des Klimas fordern.

Wohl an den wenigsten Bürgern wird vorbei gegangen sein, wie Aktivisten wie Greta Thunberg oder die "Fridays for Future" Bewegung zu medialen Berühmtheiten wurden. Selbst die europäische Zentralbank (EZB) unter der Leitung von Christine Lagarde, hat sich offiziell das Ziel gesetzt, ihre Geldpolitik so zu gestalten, dass "Klimawandel, Umweltschutz und Nachhaltigkeit" als zusätzliche Kernaufgaben betrachtet werden.

Das Aus des Verbrennermotors bis zum Jahr 2035 bei neuzugelassenen Autos ist nur die letzte Meldung einer immer konkreter werdenden Liste an neuen Maßnahmen, die tief in die Art des Zusammenlebens der Bevölkerung im Alltag einwirken. Interessant dabei ist, wie nicht nur Vertreter aus der Industrie sich den Klimaschutz gerne auf die Fahnen heften, sondern auch nationale Regierungen mit Vorstößen aufhorchen, die teilweise noch die Ziele der europäischen Kommissionen übererfüllen.

Die Mechanismen

Das Prinzip in Belangen des Klimas als Musterschüler gelten zu wollen, hat schon längst sowohl im beruflichen wie im privaten, ganz besonders aber im öffentlichen Leben alle Bereiche durchdrungen. Dieser Umstand möchte es nötig, etwaige Folgen dieser Reformen nicht nur aus ökonomischer oder politischer Dimension zu betrachten, sondern auch die der ethischen und psychologischen. Klimaschutz als oberstes Ziel jeglichen Lebensbereiches wird somit zu einem Wert erkoren, der das Selbstverständnis und damit auch die Identität von Menschen wie Nationen nachhaltig prägt. Das bedeutet also auch, dass Anreizsysteme und damit, wie der Mensch seine Entscheidungen fällt, von Grunde auf verändert werden. In Kauf- oder Investitionsentscheidungen fließen nunmehr Aspekte des Klimas und der Nachhaltigkeit mit ein. Selbst die Art der Mobilität oder Urlaubsziele werden häufiger unter diesem Gesichtspunkt getroffen. Der *homo oeconomicus* ist also schon längst auch ein *homo oecologicus*.

Diesen Umstand wissen die Akteure der politischen Arena geschickt auszunutzen. Der Druck für Firmen und Privatpersonen wächst, ihr Handeln stets unter dem grünen Mantel der Ökologisierung zu betrachten, oder zumindest so nach außen zu tragen um auch so wahrgenommen zu werden. Klimaschutz ist zu einer Währung geworden, die besonders in Sachen Außenwahrnehmung als Goldstandard gehandelt wird.

Dieser Umstand öffnet dem sogenannten *Greenwashing* Tür und Tor. Greenwashing bedeutet, dass man sich ein umweltfreundliches Image verleiht, das allerdings nicht Hand und Fuß hat. Allein der Umstand, dass es dieses Wort überhaupt gibt, zeigt wie hart die Währung des Klimaschutzes bereits ist. Wäre er nicht von Wert, würde man nicht versuchen als möglichst *grün*, bzw. ökologisch zu gelten.

Genau dieser Umstand macht es natürlich verlockend für jene, die diese Währung maßgeblich beeinflussen, bzw. kontrollieren können. Das geschieht in zweierlei Hinsicht:

Erstens, wird die Akquirierung von Steuergeldern erleichtert, indem den Steuerzahlern vermittelt wird, der Zweck für ihre Steuergelder sei von höchster Priorität. Nicht nur wird der Missmut über (erhöhte) Steuerzahlungen niedriger ausfallen sofern der Sinn dahinter für richtig gehalten wird, es kann sogar so weit kommen, dass gerne mehr Steuern gezahlt werden, eben weil der Zweck für so dringend befunden wird.

Zweitens, haben Fördergelder, die aus diesen Steuern kommen nicht nur einen hohen monetären Stellenwert, sondern auch einen gesellschaftlichen. Eine Universität, die Zuschüsse für die Erforschung von grünen Energiequellen erhält, erhält nicht nur heiß begehrte Geldmittel, sondern auch erhebliches Prestige. Ein nicht zu unterschätzendes Gut, welches nicht durch bloße Spenden oder gutes Wirtschaften vermehrt werden kann. Jene, die nun die Fördermittel verteilen, wissen um diese doppelte Kostbarkeit. Für sie ist es nun ein leichtes, sich möglichst willfährige Ziele auszusuchen und zu belohnen, oder sich potentielle Zielgruppen überhaupt erst gefügig zu machen. Letztendlich kann auch ungeliebten Akteuren gezielt geschadet werden, wenn sie vom Erhalt von Fördermittel ausgeschlossen werden und ihr Image negativ belastet wird, indem sie als unökologisch oder gar schädlich gelten oder eben geltend gemacht werden.

Was entstehen kann, ist eine explosive Mischung aus politischem Machtmissbrauch und Wettbewerbsverzerrung auf Kosten jener, die den Hebel, der für dieses Ungleichgewicht benötigt wird, überhaupt erst zur Verfügung stellen müssen.

Die Auferstehung des Keynesianismus

Im politischen Diskurs sind Begriffe von höchster Bedeutung und werden auch dementsprechend gezielt eingesetzt. Es ist daher nicht davon auszugehen, dass die Wiederbelebung des Eingangs definierten Begriffs *New Deal* Zufall war. Betrachtet man die damalige Periode aus wirtschaftstheoretischer Sicht, fällt sofort die von den Theorien John Maynard Keynes' durchgezogene Politik auf. Die starke Rolle des Staates, der aktiv in die Nachfrage eingreift ist eines der zentralen Fundamente des *New Deals*, bzw. *Green New Deals*. Es überrascht daher auch nicht, dass ausgerechnet mit Friedrich August von Hayek der Keynesianismus einen seiner schärfsten Kritiker gefunden hatte. Demnach würden laut Hayek staatliche Eingriffe nicht nur einen Großteil für den Erhalt der Verwaltung selbst verschlingen, sondern einmal gewährt, nur schwer bis gar nicht wieder abgeschafft werden können. Die komplexe Struktur wirtschaftlicher Prozesse machen es nicht nur unwahrscheinlich, dass Interventionen den gewünschten Effekt erzielen, sondern sorgen letztendlich auch dafür, dass die aufgeblähte Bürokratie den Großteil des Betrags selbst verschlingt.

Die durch den *Green New Deal* notwendige enge Verzahnung von Kapital und Staat kann also aus liberaler Sicht als nicht erfolgsversprechend und somit auch nicht als wünschenswert angesehen werden.

Soziale Gerechtigkeit

Ein weiterer Aspekt bei welchem liberal gesinnte Menschen, bzw. Kenner Hayeks stutzig werden sollten, ist die auffällige Betonung des Begriffs "soziale Gerechtigkeit" der sich in den Umsetzungserklärungen der europäischen Kommissionen zum *Green New Deal* des Öfteren findet. In der offiziellen Mitteilung und Fahrplan zum europäischen Grünen Deal der EU-Kommission ist wortwörtlich von der "Notwendigkeit eines sozial gerechten Übergangs" die Rede, wobei hier öffentliche Verkehrsmittel, Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiearmut und zur Förderung von Umschulungsangeboten beispielhaft angeführt werden.³

Was an sich nach nichts Bösem klingt, wurde von Hayek bereits in seinem Buch "Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit" im Jahre 1976 als inhaltsleeres Schlagwort identifiziert. Nur eine zentrale Autorität hätte das Mandat, Güter entsprechend zu verteilen, was nicht nur auf Totali-

³ Europäische Kommission (2019): Mitteilung und Fahrplan zum europäischen Grünen Deal
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1576150542719&uri=COM%3A2019%3A640%3AFIN>

tarismus hinauslaufen könne, sondern überhaupt erst das Problem der Frage aufwirft, was überhaupt unter "sozial gerecht" verstanden wird. Denn darüber, was als sozial gerecht gilt, wird in einer Gesellschaft wohl kein Konsens gefunden werden können und ist damit oft nur ein Vorwand von Mächtigen, um Eingriffe aus zentraler Hand zu rechtfertigen, die das Ziel verfolgen, Privilegien bestimmter Akteure zu sichern.

Der Kontext, hinter dem Hayek diese Abhandlung geschrieben hat, könnte auf das Beispiel der heutigen Zeit nicht besser passen. Auch hier enttarnt sich also der *Green New Deal* als potentielle Mogelpackung um gewissen Günstlingen gegenüber anderen Gruppen Vorteile zu verschaffen.

Nicht Klassenkampf sondern Klimakampf

Ein Umkrempeln der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung diesen Ausmaßes bedeutet nicht nur weitreichende Veränderungen im Alltag, sondern auch eine enge Verzahnung von (einem supranationalen) Staat und Wirtschaft. Es ist davon auszugehen, dass die Entscheidung, wer und in welchem Ausmaß Subventionen erhält, nicht nur aus rein rationalen, oder gar ökonomischen Aspekten gefällt werden wird.

Befürchtungen, es könne sich hier um einen weiteren Versuch handeln eine Art sozialistisches System zu etablieren, können in dem Sinne allerdings nicht bestätigt werden, da nicht in das private Eigentum an sich eingegriffen wird. Unter dem *Green New Deal* oder *European Green Deal* werden Besitztümer nicht aufgelöst und auch niemand enteignet. Es ist auch keine Umverteilungsaktion von reich zu arm, sondern zwischen vermeintlich sauberen Technologien und Sektoren. Die große Gefahr ist jedoch, dass hier Sauberkeit nicht nur im ökologischen Sinne zu verstehen ist, sondern vor allem die Sauberkeit der Gesinnung gemeint ist. Bereits die Proponenten des alten *New Deals* waren Verfechter einer öffentlichen Ordnung, die die Mitglieder der Gesellschaft einer gesinnungspolitischen Wertung unterzog.

Es kommt nicht von ungefähr, dass der um sich wütende Moralismus, der den gesamten Diskurs der Klimapolitik umgibt, auch noch bewusst geschürt wird, um eine Dringlichkeit im Bewusstsein der Bevölkerung zu erwirken. Mit dieser Dringlichkeit sollen letztendlich weitreichende und gegebenenfalls auch unpopuläre Maßnahmen durchgesetzt werden können. Wortkreationen aus der Feder von sogenannten Framing-Experten wie "Klimakatastrophe", die immer häufiger in den Redaktionsstuben Einzug finden, vermitteln ganz eindeutig ein bewusst geschürtes Bild eines drohenden Untergangs, dem mit allen Mitteln entgegengewirkt werden muss.

Zusätzlich wird in manichäischer Manier zwischen guten und bösen Akteuren unterschieden. Begriffsschöpfungen wie "Klimasünder" und "Klimakiller" werden auch hier gezielt eingesetzt, um Freund und Feind zu erkennen, bzw. als lasterhaft identifiziertes Verhalten zu ächten und sanktionieren. Auch das Gefühl der Schuld darf nicht fehlen, das praktischerweise mit einer modernen Art des Ablasshandels getilgt werden kann. So gibt es vermehrt Angebote an Privatpersonen als auch Staaten, um klimaschädliches Konsumverhalten zu "kompensieren". Der gezielte Alarmismus, sowie die scharfe Unterteilung zwischen Gut und Böse in der Debatte nützt also jenen, die an den Hebeln der Macht sitzen. Das beste Beispiel dafür ist, wie bereitwillig sich Politiker wie die Kommissionspräsident Ursula von der Leyen mit der als Ikone für Klimaschutz stehende – und dafür extra nach Brüssel eingeladene – Greta Thunberg von Photographen hat ablichten lassen.

Die Bank gewinnt immer

Die Frage ob und wie stark nun die tatsächliche ökologische Bedrohung vorhanden ist, wird an dieser Stelle bewusst ausgespart, da sich diese Frage für den Kern der Debatte, inwiefern ein *Green New Deal* aus *liberaler Sicht* vertretbar sei, nicht stellt. Weder der Wert der Freiheit, noch der Wert von Nachhaltigkeit, Natur- und Umweltschutz lassen sich monetär bewerten, noch stehen sie in Widerspruch zueinander. Eben deshalb sollten die Alarmglocken schrillen, wenn diese Werte zu jenem Zwecke mit einer Wertigkeit aufgeladen werden, um politische Machtinteressen zu bedienen. Neben wirtschaftlichen, als auch politischen Problemen bei der Betrachtung des *Green New Deals*, ist es letztendlich der gezielt alarmistische und moralisierende Grundtenor, der liberal denkende Menschen hellhörig werden lassen sollte.

Was hier entstehen könnte ist eine gefährliche Situation, in welcher unter dem Deckmantel des Umweltschutzes eben dieser als Vorwand verwendet wird, um zwischen förderungswürdigen und unerwünschten Produktionsmitteln- und Erzeugern zu unterscheiden. Die Entscheidungsgrundlage ist hier weder demokratisch legitimiert, noch vom freien Willen ihrer Bürger getragen. Staatliche Gebilde sichern sich mithilfe von künstlich geförderten Günstlingen ihre Machtprivilegien ab, um ihre Idee eines Gesellschaftskonstrukts durchzusetzen. Das stellt somit einen fundamentalen Gegenentwurf zu einer liberalen Ordnung dar, die jedem Bürger weitestgehende Freiheit in möglichst eigenverantwortlicher Weise ermöglicht. Durch die Umwertung dieser Werte tritt ein neuester oberster Wert an diese Stelle. Die geschürte Rhetorik im politischen Diskurs macht zudem deutlich: Wer die neue oberste Maxime des Klima-

schutzes nicht aktiv mitträgt, macht sich nicht nur verdächtig, sondern auch schuldig und wird somit zum Feind.

So gesehen handelt es sich hier um keinen wahren *Deal*, denn ein Deal setzt voraus, dass zwei oder mehrere Akteure freiwillig zu einer Übereinkunft kommen, bei der sie zu einem gegenseitigen Vorteil gelangen. Bei einem *New Deal* ist also nicht nur entscheidend, dass die Akteure aus freien Stücken mitspielen, sondern auch, dass ihre Karten grundsätzlich fair gemischt sind. Hier stellt sich aber die Frage: Wer mischt die Karten und wer hat am Ende die Trümpfe in der Hand? – Letzten Endes werden es nicht die freien Bürger sein und deshalb ist der *Green New Deal* aus liberaler Sicht nicht vertretbar.